

Verhandlungen der Arbeitervertrauensmänner mit der Regierung in Wien

Konferenzen der gewählten Betriebsvertrauensmänner der Wiener Arbeiterschaft, die am 21. Februar, am Tage nach der Reichstagsrede Hitlers, tagten, haben eine Deputation gewählt, die verlangte, von Schuschnigg empfangen zu werden, um ihm die Forderungen der Arbeiterschaft zu übermitteln. Aber erst am 3. März wurde die Deputation empfangen. Sie erklärte dem Bundeskanzler, die Arbeiterschaft sei bereit, die Unabhängigkeit Oesterreichs gegen jeden Druck des Dritten Reiches und gegen die Nazi mit allen Mitteln zu verteidigen, aber sie sei nicht in der Lage, einen wirksamen Kampf gegen die Nazi zu führen, wenn ihr nicht die dazu notwendige Freiheit wiedergegeben wird. Deshalb stellten die Betriebsvertrauensmänner folgende Forderungen:

- 1./ Freiheit, sich zu sozialistischer und freigewerkschaftlicher Gesinnung zu bekennen; volle Gleichberechtigung mit den Nazi.
- 2./ Freie Wahl aller Funktionäre im Gewerkschaftsbund. Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in allen Arbeiterorganisationen. Besetzung aller wichtiger Funktionen mit Personen, die wirklich das Vertrauen der grossen Mehrheit der Arbeiterschaft geniessen. Entfernung aller Ueberläufer.
- 3./ Bewegungsfreiheit für die Arbeiterschaft. Zulassung einer legalen freigewerkschaftlichen Zeitung. Recht der Vertrauensmänner, mit der Arbeiterschaft in Versammlungen in Fühlung zu treten.
- 4./ Widerruf der dekretierten Verschlechterungen der sozialen Gesetzgebung.

Nach mehrstündiger Diskussion zwischen dem Bundeskanzler und den Betriebsvertrauensmännern wurde vereinbart, dass über die Forderungen Verhandlungen geführt werden sollen, die ein Verhandlungskomitee der Betriebsvertrauensmänner mit dem Minister Rott und dem Staatssekretär Watzek zu führen hat. Die Deputation hat am 7. März einer Versammlung der Wiener Betriebsvertrauensmänner Bericht erstattet.

Ueber die Lage in Oesterreich wird uns aus Wien am 6. März geschrieben:

Man kann sich im Auslande offenbar kaum ganz vorstellen, wie

notwendige Freiheit wiedergegeben wird. Deshalb stellten die Betriebsvertrauensmänner folgende Forderungen:

- 1./ Freiheit, sich zu sozialistischer und freigewerkschaftlicher Gesinnung zu bekennen; volle Gleichberechtigung mit den Nazi.
- 2./ Freie Wahl aller Funktionäre im Gewerkschaftsbund. Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in allen Arbeiterorganisationen. Besetzung aller wichtiger Funktionen mit Personen, die wirklich das Vertrauen der grossen Mehrheit der Arbeiterschaft geniessen. Entfernung aller Ueberläufer.
- 3./ Bewegungsfreiheit für die Arbeiterschaft. Zulassung einer legalen freigewerkschaftlichen Zeitung. Recht der Vertrauensmänner, mit der Arbeiterschaft in Versammlungen in Föhlung zu treten.
- 4./ Widerruf der dekretierten Verschlechterungen der sozialen Gesetzgebung.

Nach mehrstündiger Diskussion zwischen dem Bundeskanzler und den Betriebsvertrauensmännern wurde vereinbart, dass über die Forderungen Verhandlungen geführt werden sollen, die ein Verhandlungskomitee der Betriebsvertrauensmänner mit dem Minister Rott und dem Staatssekretär Watzek zu führen hat. Die Deputation hat am 7. März einer Versammlung der Wiener Betriebsvertrauensmänner Bericht erstattet.

Ueber die Lage in Oesterreich wird uns aus Wien am 6. März geschrieben:

Man kann sich im Auslande offenbar kaum ganz vorstellen, wie rasend schnell sich der politische Umbruch in Oesterreich vollzieht. Die Bürokratie läuft in hellen Scharen zu den Nazi über, die Vaterländische Front ist in völliger Auflösung, die Staatsautorität kapituliert täglich

die vor den Nazi, alle behördlichen Anordnungen und alle Gesetze durchbrechen. Zugeständnisse an die Arbeiterschaft, die vor einer Woche noch bedeutsam erschienen wären, wären heute schon ganz ungenügend, weil sie hinter dem, was sich die Nazi seither selbst an Rechten genommen haben, weit zurückblieben. Je länger die Regierung zögert, desto grösser wird der Vorsprung der Nazi, desto geringer daher die Wirkung von Zugeständnissen auf die Arbeiterschaft sein.

x x x x x x x x x x